

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1924

22.1.1924 (No. 22)

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von
Herrn E. H. H. H.

Dr. Walter Schneider.
Verantwortlich: Für Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Schneider; für badische Politik: Dr. G. G. G.; für lokale Angelegenheiten: Dr. H. H. H.; für Kunst: Dr. K. K. K.; für Sport: Dr. S. S. S.; für Wissenschaft: Dr. W. W. W.; für Literatur: Dr. L. L. L.; für Musik: Dr. M. M. M.; für Theater: Dr. T. T. T.; für Photographie: Dr. P. P. P.; für Kunstgewerbe: Dr. K. G. G.; für Industrie: Dr. I. I. I.; für Handel: Dr. H. H. H.; für Verkehr: Dr. V. V. V.; für Post und Fernverkehr: Dr. F. F. F.; für Luftverkehr: Dr. L. F. F.; für Seeverkehr: Dr. S. F. F.; für Eisenbahnverkehr: Dr. E. F. F.; für Straßenverkehr: Dr. R. F. F.; für Schiffsverkehr: Dr. S. F. F.; für Luftverkehr: Dr. L. F. F.; für Seeverkehr: Dr. S. F. F.; für Eisenbahnverkehr: Dr. E. F. F.; für Straßenverkehr: Dr. R. F. F.; für Schiffsverkehr: Dr. S. F. F.

Veranstaltungen:
Geschäftsstelle: Nr. 86.
Redaktion: Nr. 306 und 319.
Verlagsstelle:
Bretel- und Kammergasse, nächst
Rathhaus und Marktplatz.
Telefon-Nr.: Karlsruhe Nr. 8359.

Sturz des Kabinetts Baldwin.

Annahme des Misstrauensvotums der Arbeiterpartei mit 328 gegen 256 Stimmen. — Nur 9 Liberale für Baldwin.

London, 22. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die entscheidende Abstimmung im Unterhaus begann um 11 Uhr. Der Antrag auf Schluß der Adressen war von Ramsay MacDonald gestellt, mit der Begründung, das Unterhaus werde eine Entscheidung treffen, die, wie er im Herzen glaube, in der Geschichte des Landes als eine Wohltat für England bezeichnet werden würde. Baldwin habe behauptet, sein Problem ungelöst zurückzulassen, mit Ausnahme des Reparationsproblems. Das sei unrichtig. Die Frage der Arbeitslosigkeit habe die bisherige Mehrheit zertrümmert und die Regierung zerbrochen und Baldwin selbst in seine gegenwärtige Lage gebracht. Die Hauptursache, weshalb man einer Besserung der Lage entgegenstehe, bestehe in der Ansicht auf Verringerung der Regierung. MacDonald sagte, die Reparationsfrage könne auch die Labour-Party zertrümmern. Das sei möglich, aber die Arbeiterpartei werde ihr Bestes tun, um das zu verhindern.

Namens der Regierung sprach der Attorney-General, worauf die Debatte geschlossen wurde. Lord George sah im Augenblick der Abstimmung an der einen Seite Ramsay MacDonalds, auf der anderen Seite sah Asquith. Um 11 Uhr 15 Min. war die Abstimmung beendet und der Hauptführer der Opposition, Ben Spoor, teilte das Ergebnis mit. 328 Abgeordnete stimmten dafür, 256 dagegen. Der Votumgegenstand Ramsay MacDonald wurde mit einer Mehrheit von 22 Stimmen angenommen. Nur 9 Liberale hatten für das Kabinett Baldwin gestimmt, alle übrigen stimmten mit der Arbeiterpartei. Sofort nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses durch den Hauptführer der Opposition wurde es vom Sprecher wiederholt. Es ereignete sich zum ersten Mal im Unterhaus, daß ein Abstimmungsergebnis, das die Regierung in die Minderheit drängt, von keinen Demonstrationen begleitet war. Nur einzelne Hoffen wurden auf den Bänken der Arbeiterpartei laut. Die Konservativen wollten die Fortsetzung der Adressen, um insbesondere ihren Antrag erörtern zu lassen, wonach der König seine sozialistische Regierung berufen solle. Der Sprecher aber verwies auf die Annahme des Schlußantrages, der eine Fortsetzung der Debatte nicht zulasse.

Es wurde nun noch über die Gesamtabstimmung mit dem Schlußantrag der Arbeiterpartei abgestimmt. Diesmal wurden 328 Stimmen für und 251 dagegen abgegeben. Baldwin beantragte die Vertagung des Unterhauses bis zum 12. Februar. Mehrere Liberale erhoben Einspruch, weil man um 12 Uhr nachts keine Vertagungsanträge stellen könne. Der Sprecher entschied in diesem Sinn. Das Unterhaus wird heute nach-

mittag wieder zusammentreten. Heute morgen begab sich Baldwin zum König zur Ueberreichung seiner Demission. Abends wird Ramsay MacDonald berufen und den Auftrag erhalten, die neue Regierung zu bilden. Im Unterhaus findet heute eine Sitzung der Arbeiterpartei statt.

Vor der Abstimmung.

London, 22. Jan. Der erste Lord der Admiralsität Amercy gab einen detaillierten Ueberblick über das von der Regierung in Aussicht genommene Schiffsbauprogramm, das der Arbeitslosigkeit steuern soll. Er erklärte, alle leichten Kreuzer würden im Laufe der nächsten zwölf Jahre überflüssig werden. Um sie zu ersetzen und das Kreuzerdeckament der Flotte in genügender Stärke zu erhalten, werde es notwendig, im Laufe der nächsten zehn Jahre insgesamt 52 Kreuzer und jährlich ungefähr 5 auf den Kiel zu legen. Vom Jahre 1931 ab werde die englische Regierung gemäß dem Washingtoner Vertrag riesige Ausgaben mit Bezug auf den Erwerb der großen Schlachtschiffe zu gewärtigen haben. Der Vorschlag der gegenwärtigen Regierung gehe dahin, sofort 8 leichte Kreuzer von dem durch den Washingtoner Vertrag als Standardtyp bestimmten Typ, 3 Unterseeboote, 1 Unterseebootmutterstift, 2 Zerstörer, 1 Zerstörer-mutterstift, 2 Kanonenboote für einen Spezialdienst im Persischen Golf, 1 Wasserflugzeugtransportstift und 1 Minenleger zu bauen. Das gesamte Programm verlange 32 000 Mann sofort mit Arbeit. Amercy fügte hinzu, auch die neue Regierung müsse sich mit diesem Programm unbedingte Befassen und er glaube nicht, daß die Arbeiterpartei den Bedürfnissen der Sicherheit für See und vor allem den Erfordernissen des geradezu verzweifeltsten Zustandes im englischen Schiffbau so indifferent gegenüberstehe, daß sie sich nicht sofort mit solchen Ueberlegungen beschäftigen solle.

London, 21. Jan. In der Erörterung im Unterhause erklärte der Führer der Liberalen, Sir John Simon, über die Arbeiterpartei: Hauptziel des Hauses ist es, die unfähige Regierung Baldwin zu beseitigen. Ich hoffe, daß die Arbeiterpartei unter wohlwollender Föhlung aller Parteien ihr Amt übernehmen wird. Chamberlain sagte: Wenn die Liberalen mit der Arbeiterpartei zusammenstimmen wollten, würden sie das Land verraten und es nie wieder regieren können.

Eine Unterredung mit MacDonald.

Paris, 22. Jan. Ramsay MacDonald hat unmittelbar nach der gestrigen Abstimmung im Unterhause dem Londoner Korrespondenten des „Journal“ erklärt, der Augenblick sei für Freuden- ausdrücke nicht geeignet. Die Arbeiterpartei übernehme eine furchtbare Verantwortung. Sie werde ihr Bestes tun, um ihr gerecht zu werden. Ob ihr Schicksal Erfolg oder Mißerfolg haben werde, wisse er nicht. Er dürfe nur sagen, daß seine Regierung, die die Verantwortung über die englische Politik übernommen habe, ehrlicher versucht habe, dem Lande zu dienen, als die jetzige Regierung. Er sei stolz auf die Arbeiterpartei, und jeder Arbeiter und jede Arbeiterin Englands, wenn sie die Partei in der Regierung sähen, sähen darin eine große Ermunterung zur Arbeit, in der Ueberzeugung, sich auszuheben, um der Partei Ehre zu machen, und um ihn, Ramsay MacDonald, in den Stand zu setzen, einen Erfolg davon zu tragen.

Bayern und das Reich.

Minister a. D. Hermann Dietrich, M. d. R.

Eine Lebensfrage des Deutschen Reiches — das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich — ist wiederum akut geworden, in einem Augenblick, in dem wir innenpolitisch den Kampf mit der Arbeitslosigkeit von Millionen und mit den daraus hervordringenden umfänglichen Kräften von rechts und links zu kämpfen haben, einem Augenblick, in dem die Franzosen auf Grund ihrer siegreichen Beendigung des Ruhrkrieges hoffen, dieses Herz Europas für französische Macht- und Rüstungszwecke in Bewegung setzen zu können, in dem sie die Pfalz, nachdem weitergehende Pläne einstweilen gelockert sind, im Wege des Separatismus vom Reich abreißen, vielleicht als ein Handelsobjekt für ein gleichfalls vom Reich abzusprengendes Bayern, in Aussicht nehmen, darüber hinaus aber die politische und wirtschaftliche Verteidigung der praktisch erreichten Rheinlinie durch neue Staatenbildungen, wenn vielleicht auch in verkappter Form, anstreben. Ein lechtes Bedenken hat auch die Bayern beschließen, ob ein solches Moment geeignet ist, die ganzen Streitfragen zwischen Bayern und dem Reich wieder aufzurollen. Sie haben aber nur das innenpolitische Moment der großen Nahrungsjahren für beachtlich gehalten, wenn auch nicht für entscheidend, und das größere außenpolitische Moment garnicht erwähnt. Man wird sich mit der Denkschrift, nachdem sie einmal da ist, befassen müssen, und man kann ihr ohne weiteres zugestehen, daß sie sachlich gehalten ist und grundsätzlich dem Reich die Machtfragen und die Tätigkeitsgebiete zugestehen will, die das Reich zu seiner Erhaltung braucht, ohne daß sie aber hieraus reiflos die Konsequenzen zöge. Die Aufgabe des Reiches ist — und das wird im Ernste niemand bestreiten, daß diese Dinge als unbedingt gemeinsame Angelegenheit angesehen werden müssen: 1. die Befestigung des Reiches nach außen, 2. die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern und 3. die Erhaltung des Reiches als eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes. Daß der militärische Schutz des Reiches und der Länder nach außen ausschließlich Aufgabe des Reiches ist, spricht die Denkschrift aus. Sie sagt, daß auch aus militärisch-technischen Gesichtspunkten heraus eine Teilung der Militärhoheit, wie sie früher bestand, nicht mehr möglich sei. Wenn die Denkschrift aber weiter verlangt, daß der Landeskommandant, der jetzt auf Vorschlag Bayerns ernannt, aber jederzeit vom Reichspräsidenten abberufen werden kann, künftig nur mit Einwilligung Bayerns abberufen werden soll, so genügt es, auf den Fall Losow hinzuweisen, um die Unhaltbarkeit dieses Standpunktes darzulegen. In der Zuständigkeit für die auswärtigen Beziehungen des Reiches will Bayern nichts ändern. Doch hat es in den Fällen, in denen Bayern noch selber internationale Verträge abschließen darf und in den Fällen, in denen besondere völkerrechtliche Verträge Einzelstaaten Rechte zugestehen, den Wunsch, freier gestellt zu werden. Angesichts der Gefahr aber, die namentlich darin besteht, daß unter Umständen unsere Feinde, voran Frankreich, in völkerrechtlichen Verträgen den Einzeländern Rechte zugestehen könnten, die geeignet sind, das Reich zu gefährden, wird man diese Wünsche Bayerns nicht für berechtigt erklären können.

Die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern ist nach Ansicht Bayerns Sache der Staaten und deswegen will Bayern auch eine wesentliche Besserstellung in der Richtung, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes, die, wie bekannt, den Anlaß zu den Streitigkeiten zwischen Bayern und dem Reich in der Regel gegeben hat, wesentlich zugunsten der Staaten geändert wird, indem nämlich das Reich nur eingreifen soll, wenn die Länder ihrer Pflicht nicht nachkommen. Die Vorgänge in Bayern unter Eisner und der Kommunismeherrschaft, ebenso wie die Vorgänge in Sachsen und Thüringen unter der sozialistisch-kommunistischen Willkürherrschaft zeigen deutlich genug, wie gefährlich eine Abgrenzung der Zuständigkeit auf diesem Gebiete werden kann, wenn im einzelnen Land eine Regierung besteht — und damit wird man immer rechnen müssen — die die Grundgesetze des Reiches nicht respektiert. Eher könnte man Bayern ein Sonderrecht einräumen als die Verfassung für das ganze Reich abändern. Die Erhaltung des einheitlichen Wirtschafts- und Zollgebietes wird von Bayern nicht angegriffen. Dagegen wünscht Bayern, daß das Recht der Einzelstaaten, sich eine Verfassung zu geben, nicht in der Weise, wie es der Artikel 17 der Reichsverfassung vorsieht, beschränkt werde. Dort steht, daß jedes Land eine freistaatliche Verfassung haben muß. An diesem Satze ist festzuhalten. Solange das Reich Republik ist, müssen auch die Länder Republik sein, weil gerade in Bayern eine Monarchie unzweifelhaft, solange das Reich eine Republik ist, eine Sprengung des Reiches bedeuten würde. Wohl aber kann nachgegeben werden darin, daß das Wahlrecht für die einzelstaatlichen und kommunalen Vertretungen künftig Sache der Staaten sein soll. Ganz unerfüllbar aber sind die bayerischen Forderungen, die sich auf eine andere staatsrechtliche Stellung des Reichsrats beziehen. Wenn man dessen Mitwirkung bei der Gesetzgebung auch verstärken kann, wenn man ihm auch einen größeren Einfluß auf das Verordnungsrecht zugestehen will, so kann man ihn doch nicht zur Stellung des früheren Bundesrats erheben. Der frühere Bundesrat war die Reichsregierung, der Träger der Souveränität des Reiches. In ihm präsierte Preußen, und gegen die Stimme Preußens waren lebenswichtige Änderungen in Gesetzgebung und Verwaltung, in Heerwesen und Wirtschaftspolitik nicht möglich. Jetzt aber haben wir als Reichsregierung ein dem Parlament verantwortliches Ministerium. Der Reichsrat kann wohl als gesetzgebender Faktor und als beratendes Organ neben die Reichsregierung und den Reichstag gesetzt werden, er kann aber niemals wieder an die Stelle der Reichsregierung gesetzt werden. Denn ein von den Staaten gebildeter Reichsrat, der wie der alte Bundesrat das Reich regierte, wäre eine parlamentarisch nicht verantwortliche Regierung, also eine Negation des Parlamentarismus und würde überdies, solange nicht Preußen wieder seine sämtlichen Präsidentschaftsrechte erhalte, rettungslos den Auseinanderfall des Reiches bedeuten. Was hier Bayern verlangt, ist staatsrechtlich nicht durchführbar und politisch nicht möglich.

Soweit die Kernfragen der Denkschrift. Sie fordert dann weiter: 1. eine Beschränkung der Gesetzgebungskompetenz des Reiches,

Dr. Schacht vor den Sachverständigen-Ausschüssen.

Im zweiten Ausschuss. — Die zweite Kommission. — Mac Kenna Präsident.

Paris, 21. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Im Hotel Astoria, dem Sitz der Reparationskommission, herrschte heute den ganzen Tag über lebhafteste Bewegung. Die beiden Sachverständigenkomitees trafen zu Sitzungen zusammen. Das zweite Sachverständigenkomitee, das sich mit der deutschen Kapitalflucht beschäftigt, begann seine Sitzung gegen 12 Uhr. Die zahlreichen Journalisten, die im Hotel Astoria versammelt waren, erfuhr, daß innerhalb der Reparationskommission schwere Meinungsverschiedenheiten wegen des Präsidiums des zweiten Sachverständigenkomitees herrschen. Der englische Delegierte in der Reparationskommission, Radbury, wandte sich dagegen, daß dieses Präsidium dem englischen Delegierten Mac Kenna übergeben werde. Barthou, der Präsident der Reparationskommission, mußte über diese Angelegenheit mit Poincaré konferieren. Als er vom Quai d'Orsay in das Hotel Astoria zurückkehrte war, hat er Mac Kenna zu sich. In dessen Begleitung erschien auch wieder Bradbury. Barthou fragte Mac Kenna, ob er das Präsidium des zweiten Komitees übernehmen wolle. Dieser antwortete, daß ihm der amerikanische Sachverständige Robinson für diese Würde geeigneter erscheinen würde. Barthou erklärte aber, daß bereits ein Amerikaner Präsident des ersten Sachverständigenkomitees sei, weshalb das Präsidium des zweiten Komitees von den Vertretern eines anderen Volkes übernommen werden sollte. Frank sich wünschte gerade deshalb Mac Kenna, weil dieser selbst im Jahre 1922 auf die deutschen Guthaben im Auslande hingewiesen habe. Nach langen Verhandlungen wurde endlich ein Kompromiß geschlossen dahingehend, daß Barthou seine Eröffnungsansprache, mit der er das zweite Sachverständigenkomitee begrüßen wollte, ändern mußte. Vor allem durfte er, wie Bradbury forderte, nicht sagen, daß Deutschland Guthaben im Auslande besitze, sondern er mußte sagen, daß diese Guthaben der Besch einzelner Deutscher seien. Er durfte auch nicht sagen, daß durch diese Guthaben im Auslande die Zahlungsfähigkeit des Reiches vermindert werde, er durfte nur sagen, daß diese Zahlungsfähigkeit vielleicht in ganz geringem Maße von den Auslandszahlungen herührt werde. Unter dieser Bedingung wurde der Beschluß gefaßt, daß Mac Kenna das Präsidium übernehme.

Um 12 Uhr wurde dann die Sitzung des zweiten Sachverständigenkomitees von Barthou mit einer Ansprache eröffnet, in der er u. a. ausführte, das Problem der deutschen Kapitalflucht werde leichter aufgenommen als gelöst. Aber man müsse die Prüfung dieser Frage vornehmen. Die deutsche Regierung habe übrigens eine Kapitalflucht niemals zugelassen, die für die Herstellung des Gleich-

gewichts im Budget und zur Stabilisierung der deutschen Währung schädlich sei. Außerdem habe die Reichsregierung, um dieser Kapitalflucht zu steuern, eine Reihe von gesetzgeberischen und Verwaltungsmahnahmen ergriffen, die aber leider unwirksam geblieben seien. Dadurch sei die Zahlungsfähigkeit Deutschlands herabgesetzt worden. Barthou verwies dann auf die Erklärung Mac Kennas im Jahre 1922. Die Kommission werde die Methoden festzustellen haben, wie die in das Ausland geflüchteten Kapitalisten wiederum nach Deutschland zurückgeführt werden könnten. Man müsse hoffen, daß die Kommission von der Reichsregierung unterstützt werden würde, deren Vertreter wiederholt erklärt hätten, daß ihre stärkste Mithilfe einem Werk gelten würde, das sich auf die Zurückführung dieser Kapitalisten bezöge. Barthou wünschte nun noch eine Zusammenarbeit zwischen dem ersten und dem zweiten Sachverständigenkomitee und begrüßte die Beteiligung der Amerikaner an diesen Beratungen.

Dann legte er in seinem eigenen und nicht im Namen der Reparationskommission Mac Kenna zum Präsidenten ein, der seinerseits eine kurze Ansprache hielt, worin er ausführte, daß die Würde des Präsidenten dem amerikanischen Vertreter Robinson eher zukomme, als ihm. Aber er wolle, sich der ihm erweisenden Ehre nicht erziehen. Vollkommen sprach er seine Zustimmung zu den Worten aus, mit denen der amerikanische General Dawes das erste Sachverständigenkomitee eröffnet habe. Mac Kenna betonte schließlich noch die Notwendigkeit, daß jene, die gemeinsam den Krieg geführt hätten, auch die Friedensprobleme regeln müßten.

Reichsankpräsident Dr. Schacht wurde um 1 Uhr nachmittags von dem ersten Komitee empfangen. Er war von dem Generalsekretär der Reparationskommission, Dr. Meyer, begleitet. Die zahlreichen Fragebogen, die Dr. Schacht gleich bei seiner Ankunft in Paris am Samstag von dem Sachverständigenkomitee überreicht worden waren, wurden bis heute mittag 1 Uhr beantwortet. Die Besprechungen zwischen dem Sachverständigenkomitee und Dr. Schacht dauerten über drei Stunden.

Dr. Schachts Bericht.

Paris, 22. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Das „Echo de Paris“ ist in der Lage, über den ersten Vortrag des Reichsankpräsidenten Dr. Schacht vor dem ersten Sachverständigenkomitee nähere Mitteilungen zu machen, die selbstverständlich nur einer Indiskretion entpringen können, da alle Anwesenden sich zur Geheimhaltung des Inhaltes der Mitteilungen Dr. Schachts verpflichtet hatten. Dem „Echo de Paris“ zufolge, führte er aus, daß Ende Januar die Staatsausgaben reichlich durch die Steuern gedeckt seien mit Ausnahme von Eisenbahn und Post. Uebrigens genüge auch die Eisenbahn ihren eigenen Bedürfnissen und die Tarife für den Warentransport könnten sogar um 8 Prozent herab-

(Fortsetzung auf Seite 2.)

mobei sie namentlich auf das Bodenrecht und die Bodenverteilung, auf ein eigenes Beamtenrecht, auf die Fremdenpolizei verweist;

2. eigene Finanzen im Wege der Verteilung der Steuern zwischen Reich und Staaten und der Abtretung der Organisation der Steuerbehörden an die Staaten;

3. Ueberlassung der Kulturpolitik und der Kulturpflege an die Einzelstaaten;

4. Rückgabe des Verkehrswezens.

Um mit letzterem Punkte zu beginnen, so ist zu sagen, daß Eisenbahn und Post heute gewaltige Machtfaktoren sind, daß aber ihre Rückgabe an die Länder keine Gefahr für das Deutsche Reich in sich birgt, zumal außer Bayern sie niemand zurückfordern wird. Hierbei besteht die größte Wahrscheinlichkeit, daß eine bayerische Staatsbahn gegenüber einer geschlossenen Reichsbahn im übrigen Reichsgebiet nicht lebensfähig ist. In den übrigen drei Gebieten, wie sie vorstehend erwähnt sind, ist es eine Frage der Zweckmäßigkeit und der politischen und wirtschaftlichen Kräfteverteilung, wie weit man Bayern entgegenkommt. Kulturpolitik und Kulturpflege hätte man am besten, überhaupt den Ländern überlassen, wie das die süddeutschen Staaten auch in Weimar verlangt haben. Denn es ist wahr: die Dezentralisation, nicht die Zentralisation hat der deutschen Kultur ihr eigenes Gepräge gegeben. Allerdings will Bayern die „grundgesetzliche Reichsgesetzgebung“ insofern nicht befechten, als diese die Erhaltung der Schulpolitik und die Erteilung des Religionsunterrichtes gewährleistet, eine an sich insofern keine Haltung. In der Frage, wie weit die Länder wieder Gesetze machen dürfen, kann weitgehend entgegengekommen werden, während im Finanzwesen eine restlose Uebernahme des bayerischen Standpunktes verfehlt wäre. Es wird genügen, wenn man dem Reich zwar die direkten Steuern überläßt, die Sätze, die es aber bei Einkommen und Vermögen erhält, auf ein geringes Maß beschränkt und dann den Ländern es überläßt, Zuschläge für sich zu erheben und ihren Gemeinden weitere Zuschläge zu gestatten. Grundsteuer und vielleicht auch Erbschaftsteuer wird man den Ländern zurückgeben, und man wird sich auch zu überlegen haben, ob man Bayern nicht die Biersteuer überläßt, natürlich gegen eine entsprechende Ausgleichszahlung pro Kopf der Bevölkerung an das Reich.

Mit letzterer Konzeption konnte man vielleicht dem Reich das Vorrrecht auf die direkten Steuern erhalten. Die Behördenorganisation aber auf dem Gebiete des Finanzwesens jetzt restlos umzuformen, wie Bayern das verlangt, wäre der gleiche Fehler, den die Erzbergerische Steuerreform umgekehrt gemacht hat. Hier gilt es nur, einen Weg zu finden, die Instanz, die die Steuern eigentlich veranlagt, in eine intime Verbindung mit den Gemeinden, Kreisen, Bezirken, für deren Gebiet sie besteht, zu bringen, damit die Steuerantragenden Behörden aus Mitgliedern bestehen, die die Verhältnisse der Steuerzahler genau kennen, und ferner dafür zu sorgen, daß diese Instanzen das Bewußtsein haben, daß sie Steuern für ihre Gemeinden und für ihre Länder veranlassen. Das letztere ist der Fall, wenn Länder und Gemeinden auf Zuschläge, die naturgemäß viel höher sein werden, als die Grundbeträge, die das Reich erhebt, angewiesen sind, und das Erlöse wird eintreten, wenn die Steuerzuschüsse von den Gemeinden, Kreisen oder Bezirken bestellt werden.

Es hat keinen Zweck, darüber Tränen zu vergießen, daß das Reich sich Bayern gegenüber nicht restlos durchsetzen kann. Im Leben eines großen Volkes gibt es, das Mögliche und Tragbare zu erreichen und zu verteidigen. Und wenn wirklich von großen, politischen Gesichtspunkten ausgegangen wird, so wird man wohl Bayern und den anderen Ländern auf dem Gebiete der Gesetzgebung, Verwaltung und des Finanzwesens eine Menge Wünsche ohne Schaden für das Reich erfüllen können, wenn man gleichzeitig daran festhält, daß es in den großen, lebenswichtigen Fragen des Reiches keine Konzeptionen gibt. Vielleicht wird dann eine weitläufige Politik die Klammern, die Bismarck um das Reich gelegt hat, so weit sie verloren gegangen sind, ersetzen, so weit sie heute nicht mehr ausreichen, verstärken, vielleicht auch einige neue dazu fügen.

Zu Dr. Schachts Bericht.

(Fortsetzung von Seite 1)

gefehlt werden. Die Rentenmarkt behalte ihren stabilen Kurs gegenüber der Papiermarkt mit tausend Milliarden Papiermarkt für eine Rentenmarkt bei. Das ganze System können fortbestehen. Die Besitzer von Rentenmarkt, die diese gegen Hypotheken umtauschen wollten, seien nur in geringer Zahl vorhanden. Die erste Monatsbilanz der Rentenmarkt behalte, daß nur für 100 000 Rentenmarkt Hypotheken angekauft worden seien. Die Preise sinken fortwährend mit Ausnahme für Zeitungen, Theater und Staatsbetriebe. Die Banken schließen erst um 3 Uhr nachmittags, bezahlen für die Rentenmarkt 8 Prozent Zins und geben Garantien, daß diese keine Entwertung gegenüber dem Dollar erfahren würde. Sämtliche Rechnungen würden auf Goldmarkt ausgestellt. Die Papiermarkt gehe allmählich in der Goldmarkt auf. Die Darlehenskassen fügen sich der Neuordnung ein. Das Wirtschaftsleben sei wieder lebhaft geworden. Die Handelsbilanz, die in den ersten neun Monaten des Jahres 1923 ein Defizit aufgewiesen habe, sei seit Oktober aktiv geworden, aber Ein- und Ausfuhr seien etwa um die Hälfte geringer als 1913. Die Arbeitslosigkeit sei im Abnehmen begriffen. Ende Dezember seien in der Textilindustrie 65 402 Arbeiter und unbefähigt gewesen, gegen 82 580 Ende November 1923. Die Zahl der teilweise Beschäftigten sei von 335 000 auf 159 000 gefallen. Der Hafen von Hamburg weise außerordentlich regen Verkehr auf.

Altdeutsche Schwänke.

Neu erzählt von Hans Gäsien.

Der Kobold und der Wasserbär.

Ein russischer Fürst fandte einem ungarischen Edlen einen gezähmten Wasserbären, den er durch einen Getreuen nach Ungarn bringen ließ.

Der Mann kam eines Abends mit dem Bären an einen Bauernhof, der gar schamlos vor ihm lag und ihm so zettel, daß er beschloß, hier zu übernachten.

Der Bauer kam ihm entgegen und fragte, was für ein Ungetüm er da mit sich führe. Der Mann erwiderte, daß es ein gezähmter Wasserbär sei und bat den Bauern, ihm Unterkunft für die Nacht zu gewähren.

Doch der Landmann machte ein bekümmertes Gesicht und sagte dem Russen, daß er mit seinem Weibe und seinen Kindern seit Wochen in einer Schutzhütte lebe, da in seinem Wohnhaus ein fürchterlicher Kobold sein Wesen treibe. Jede Nacht erscheine das mißgestaltete Geschöpf unter mächtigem Getöse und werfe Stühle und Bänke durcheinander. Alles habe er versucht, um das Geschöpf des Teufels zu vertreiben. Nichts habe geklappt.

Ruhig hatte der Gast die Worte des Bauern angehört. Nun eröffnete er dem Stammenden, daß er es wagen wolle, mit dem Tiere, dem Kobold zum Trost, im Hause zu übernachten.

Bergschick suchte der Landmann von seinem Plane abzubringen. Der Fremde betrat die Küche, zündete ein Feuer an, band den Bären in einer Ecke fest und streckte sich dann, nachdem er kein Nachschub verzeht, auf die Diebentat zum Schlummer nieder.

Mühselig kuschelte ein feuriges, geschwänztes Wesen aus dem Kamin herunter, schlich zum Feuer und brütete dort eine Maus. Als der Kobold sich umblühte, gewahrte er den Bären und gab ihm, um zu prüfen, ob das ihm unbekannte Ding lebe, einen Schlag auf die Schnauze.

Der Bär brüllte kurz auf, schlief aber dann weiter.

Mühsamer geworden, schob der Feuermann das Tier nun mit seinem gezackten Speiß in die Ecke.

Das nahm der Wasserbär sehr ungnädig auf, riß sich von seiner Kette los und stürzte, Bänke und Stühle durcheinander werfend, auf den Kobold zu.

Aus diesen Ausführungen des Reichsbankpräsidenten schließt das „Echo de Paris“, daß das Sachverständigenkomitee sich nun mit der Reform der deutschen Währung und der deutschen Finanzen nicht mehr zu beschäftigen brauche. Es gelte nunmehr — natürlich ist dies das einzige Interesse, das Frankreich an der ganzen Unternehmung hat — festzustellen, daß Deutschland die Reparationen wohl bezahlen könne. Die Reparationen müßten auch gegen die neue Goldnotenbank, die Dr. Schacht gründen wolle, verteidigt werden. Trotz der französischen Zwangsmassnahmen habe Deutschland seinen Wiederaufbau durchzuführen vermocht. Natürlich vertritt das „Echo de Paris“, hinzuzufügen, daß dieser Aufbau sofort gefährdet wird, wenn Deutschland die von Frankreich geforderten ungeheuren Reparationsleistungen vollständig mülte.

Fragen an Dr. Schacht.

F. H. Paris, 22. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) In der Sitzung des ersten Sachverständigenkomitees, vor dem Dr. Schacht gestern seinen ersten Vortrag hielt, wird hier von eingehender Seite mitgeteilt: In zweistündiger Rede entwickelte Dr. Schacht die Grundzüge der Rentenbank, gab einen Plan über die zu schaffende Goldnotenbank. Es war vereinbart worden, daß Dr. Schacht in seinen Ausführungen nicht unterbrochen werden dürfe. Nachdem er um 5 Uhr geendet hatte, stellte der englische Delegierte Sir Josias Stamp eine Fülle von Fragen. Stamp war von den Mitgliedern des Komitees beauftragt worden, zu kontrollieren, wie weit durch die Ausführungen Dr. Schachts die ihm am Samstag übergebenen Fragenbogen als erledigt gelten konnten. Die Fragen, die Sir Josias Stamp stellte, bezogen sich durchaus auf technische Einzelheiten, soweit sie durch die Rede Dr. Schachts nicht vollkommen geklärt waren. Die anderen Mitglieder des Komitees stellten keine Fragen.

Das erste Komitee wird sich heute vormittag schließend, ob eine weitere Besprechung mit Dr. Schacht nötig ist. Sollte dies nicht der Fall sein, so wäre es nicht unmöglich, daß der Reichsbankpräsident bereits am Mittwoch abend Paris verlassen wird.

F. H. Paris, 22. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Das zweite Sachverständigenkomitee beschloß in seiner gestrigen Nachmittagsitzung, den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht heute Vormittag um 10 Uhr zu empfangen. Auch dieses Komitee also hielt es, wie das erste, für eben so notwendig, einen Deutschen anzuhören, um erfolgreiche Arbeit leisten zu können.

Die Reichsregierung zu jeder Auskunft bereit.

m Berlin, 22. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß der Sachverständigenausschuß der Reparationskommission in der aller nächsten Zeit nach Berlin kommen wird, um sich von der Lage Deutschlands durch direkten Augenschein zu überzeugen. Diese Absicht ist ursprünglich bereits auf dem Programm. Es ist aber unvorstellbar, daß die Franzosen alles mögliche versuchen, um die Fahrt zu verhindern. Es scheint aber, als ob die Amerikaner Initiative genug entgegenstellen, um ihren Willen durchzusetzen. Unter diesen Umständen könnte der Austausch bereits in der kommenden Woche in Berlin eintreffen. Die deutsche Regierung, getreu dem Grundsatz, daß sie nichts zu verbergen hat, wird ihre sämtlichen Bücher den Sachverständigen vorlegen und jede gewünschte Auskunft geben.

Die Demarche Englands in Paris und Brüssel.

Die Pfalzfrage. — Die Blockade in der Adlner Zone. — England fordert Berichte ein.

F. H. Paris, 22. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Ueber die getrigte Besprechung des englischen Vorkämpfers in Paris mit Poincaré erzählt das „Pettit Journal“, daß hauptsächlich über den Bericht des englischen Generalkonsuls Clive wegen der Zustände in der Pfalz gesprochen worden ist. Der englische Vorkämpfer verwies darauf, daß die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung sich gegen die Separatisten ausgesprochen habe, worauf Poincaré seinem Erstaunen darüber Ausdruck gab, daß 400 Bürgermeister in der Pfalz sich zu Gunsten der Separatistenbewegung ausgesprochen hätten. Man erzählt nicht, was der englische Vorkämpfer darauf erwidert hat. Er brauchte nur darauf zu verweisen, was die Vertreter der Pfalz vor Clive immer wieder erklärt hatten, nämlich das den Bürgermeistern ihre Unterschrift abgepreßt worden waren. Der engl. Vorkämpfer kündigte an, seine Regierung beabsichtige, die Pfalzfrage dem internationalen Schiedsgerichtshof in Haag vorzulegen. Selbstverständlich wandte sich Poincaré dagegen. Die Pfalz sei gemäß dem Versailler Vertrag best. und nur eine interalliierte Untersuchung könne Klarheit über die Zustände machen.

Zwischen dem englischen Vorkämpfer und Poincaré kam es dann zu einer Aussprache über die Verhältnisse im Eisenbahnwesen in der Adlner Befatzungszone. Poincaré scheint nun eine friedliche Lösung verprochen zu haben.

Aus Brüssel meldet das „Deure“: Der englische Vorkämpfer unternahm gestern eine Demarche bei Jaspard, um wegen der Zustände im Adlner Befatzungsgebiet und wegen der von der französisch-belgischen Regie getroffenen Maßnahmen Aufklärung zu verlangen. Jaspard versprach, einen Bericht einzufordern.

Neuer veröffentlicht folgende Erklärung: Die englischen Behörden der Adlner Befatzungszone wurden aufgefordert, Bericht über die von den Franzosen getroffenen Maßnahmen im Adlner Eisenbahnwesen zu erstatten. Nach Eintreffen dieses Berichtes soll die Angelegenheit mit der französischen Regierung besprochen werden. Vor-

läufig wollen die englischen offiziellen Kreise keine Erklärung zu der Situation abgeben. Unzweifel Bedeutung legt man der ganzen Angelegenheit allerdings nicht bei.

Annahme der französischen Stenrvorlagen im Finanzanschuß.

F. H. Paris, 22. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die Finanzkommission der französischen Kammer schloß gestern die Beratungen über die neuen Steuerentwürfe ab, die aber erst am Donnerstag vor die Kammer kommen können. Das von der Regierung gewünschte Couponrecht wurde fallen gelassen. Es müssen aber alle Finanzinstitute den Steuerbehörden Mitteilung über die ausgegebenen Coupons machen. Eine Erhöhung des Zinsfußes für das Inland wurde verzichtet, nur die Postkarten werden verteuert. Eine starke Verteuerung wird wie gewöhnlich das Telefon erfahren. Sogar Stadtelstraße werden nun mit 25 Centimes bezahlt werden müssen.

Hypothekenaufwertung.

m Berlin, 22. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Das Reichsstatistikamt wird sich am Dienstag nachmittag mit der dritten Steuerordnung beschäftigen, deren Hauptpunkt neben der Mietsteuer die Frage der Hypothekenaufwertung ist. Die Grundlinien der Vorlage gehen, wie bekannt, dahin, daß die Hypothekenaufwertung grundsätzlich zulässig ist, daß dagegen die Schulden des Reiches, der Länder und der Gemeinden davon ausgeschlossen werden. Die Vorlage bedeutet gegenüber der ursprünglichen Fassung des Finanzministeriums eine wesentliche Abänderung, die vielleicht darauf zurückzuführen ist, daß die Richter des Reichsgerichtes sich an das Kabinett gemeldet und auf die Gefahren für die berichtigte Moral hingewiesen haben, wenn von Reichswegen die Aufwertung der Hypotheken verboten würde. Es scheint aber, als gingen innerhalb des Kabinetts selbst die Meinungen noch sehr weit auseinander. Hauptsächlich auch über die Höhe, bis zu der eine Aufwertung zulässig sein soll. Einzelne Gerichte sind bereits bis zu einer Grenze von 75 Prozent des Goldwertes gegangen. Das bedeutet bei der Verschiebung der Vermögenswerte unter Umständen den Bankrott des Hypothekenschuldners, eine Konsequenz, die das Gesetz nicht zwingen kann und darf. Es gilt also, hier den richtigen Mittelweg zu finden und auch wenigstens bestimmte Richtlinien aufzustellen, ob und wie weit eine Aufwertung nach rückwärts möglich ist, also in den Fällen, in denen die Zurückzahlung der Hypotheken bereits erfolgt ist. Ob deshalb das Reichsstatistikamt am Dienstag zu einem Entschluß kommen wird, ist noch sehr zweifelhaft.

III. London, 22. Jan. (Drahtbericht.) Der englische Generalkonsul in München, Clive, ist gestern abend in London eingetroffen und hat sich sofort zur Berichterstattung ins Foreign Office begeben. ITB Ludwigshafen, 22. Jan. Die Foreign Zeitungsverlage haben beschlossen, die Herausgabe ihrer Zeitungen zum nächsten Freitag einzustellen. Sie fordern Pressefreiheit.

Ausua aus den Ständebüchern Karlsrube.

Inhaltsverzeichnis. 18. Jan.: Karol. Jung, Bäume von Wien, Jung, Karol. 78 Jahre alt; Mathias Hillig, led., 77 Jahre alt. — 19. Jan.: Angelina Mahatel, Witwe von Dr. Benedikt Mahatel, Sordobersdorf, 81 Jahre alt; Jakob Hoffmann, ehem., Buchbinder, 42 Jahre alt; Fritz, 9 Monate 13 Tage alt, Vater Karl Gräser, Gend.-Wachmeister; Hans, 10 Monate 13 Tage alt, Vater Karl Gräser, Gend.-Wachmeister; Hans, 20. Jan.: Julie Herzog, Ehefrau von Jakob Herzog, Sordobersdorf, 20 Jahre alt; Jul. Bürger, Witwer, Sordobersdorf a. D., 85 Jahre alt.

Weiternachrichtendienst der badiischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

| Stationen | Luftdruck in Meeresniveau | Temperatur °C | Geblirge Höhe in m | Niedrigste Temperatur | Wetter |
|---------------|---------------------------|---------------|--------------------|-----------------------|---------|
| Karlsruhe | 767,7 | -2 | 5 | -0 | bedeckt |
| Rheinthal | 767,7 | -2 | 8 | -2 | bedeckt |
| Karlsruhe | 767,7 | 0 | 8 | -1 | bedeckt |
| Sordobersdorf | 766,3 | 0 | 7 | -1 | bedeckt |
| Waldbrunn | — | -1 | — | -1 | bedeckt |
| El. Station | — | -1 | — | -1 | bedeckt |
| Waldbrunn | 768,2 | -1 | — | -1 | bedeckt |
| Waldbrunn | 682,4 | -1 | — | -1 | bedeckt |

Allgemeine Witterungsübersicht. Das über Frankreich lagernde Hochdruckgebiet hat sich mit dem skandinavischen vereinigt und durch die Zufuhr warmer ozeanischer Luftmassen gegen Mitteleuropa vorrückt. Dabei sind die Temperaturen wieder etwas gehoben und im Gebirge ist wieder Frost eingetreten. — Die Wetterlage bleibt sehr unbeständig, und es sind auch noch über Frankreich ein Zerkeln, in dessen Bereich mäßiges Niederdruckgebiet (Gebirge Schnee) zu erwarten sind.

Weiternachrichten für Mittwoch, den 23. Januar 1924: Bada, Temperatur zunächst noch etwas sinkend (Gebirge Frost), geringe Niederschläge (teilweise Schnee).

Edelster Deutscher Weinbrand

Scharlachberg Meisterbrand

Vertreter: L. Heilinger, Karlsruhe, Gabelbergerstr. 9.

Der suchte, aus tiefster Erfahrung, das Weite, vermochte aber nicht, den Taten des wilden Tieres zu entkommen.

Ein fürchterliches Getöse, unterbrochen vom Schreien des Kobolds und des Tieres, in dessen Maul das Spulweiden seinen Speiß gestochen hatte, hub an. Der geängstigte Russe hatte sich im Waldes verziehen und sah von dort dem wilden Treiben zu.

Endlich vermochte sich der Kobold aus der Umarmung des Bären zu befreien und entkam, unter ständigem Wehgeschrei, durch den Schornstein.

Trotz, daß der nächtliche Spul vorüber, kam der Begleiter des Tieres aus dem Dien hervor und eilte ins Freie, wo der Bauer und seine Familie, die von dem Schreien und Schreien erwacht waren, voller Angst seiner harrten und ihn schon in den Klauen des Ungetüms glaubten.

Als sie die Erzählung des Mannes hörten, schüttelten sie ungläubig den Kopf.

Bei der Arbeit auf dem Felde aber nahe der Hinterte und immer noch klagende Kobold sich dem Bauer und fragte ihn, ob die mächtige Katze noch in seinem Hause sei.

„Ja“ erwiderte der Landmann, „und sechs Junge hat sie zur Welt gebracht heute morgen.“

Zu Tode erschreckt, floh der Kobold von dannen und betrat des Bauern Wohnung niemals wieder.

Trotz und glücklich lebte der Mann und die Seinen fortan in seinem Hause.

Der Reiche und der Teufel.

Ein Reicher lebte in einer Stadt, der tat nichts Gutes und war verachtet bei Jung und Alt.

Einstmals ritt er aufs Land hinaus, da traf er den Teufel, der ihm erzählte, daß heute der Tag sei, da ihm alles verfallen, was ihm reichlich gegeben werde.

Da lehrte der Reiche mit dem Satan zur Stadt zurück, um den Teufel auf seinen Wegen zu begleiten.

Zuerst trafen sie ein Weib, das ein Schwein, das ihm Ungemach bereitet hatte, vor die Tür trieb und es hieß, zum Teufel zu gehen. Der Begleiter des Teufels forberte diesen auf, sich des Tieres zu bemächtigen. Der aber weigerte sich dessen, da die Worte der Frau nicht ernst gemeint seien.

Zum andern fanden sie eine Mutter, die ihr ungezogenes Kind zum Teufel wünschte.

Wieder hieß der Reiche den Satan, sich des Menschenleins zu verschern. Wieder tat es der Teufel nicht, da die Frau im Ernst ihr Kind nicht für taugend Duatzen der Hölle überantworten würde.

Als sie weitergingen, kreuzte eine Witwe ihren Weg, die begann zu fluchen, als sie des Reichen anständig wurde, denn dieser hatte ihren Sohn, der Geld geborgt und es nicht zurückerstattet hatte, dem Gefährnis überliefert. Zum Teufel wünschte sie den Mann, der in der Gesellschaft des Fincklers einherkam.

„Diese mein ich ernst“, sagte da plötzlich der Teufel.

Er ergriff seinen Begleiter und fuhr mit ihm in den Raufen der Hölle.

★ Landestheater. Das Büro des Landestheaters schreibt uns: Mit der nächsten Erteilung „Die Dreier“, deren Erläuterung am Sonntag, den 26. Januar, stattfindet, gewinnt der russisch-österreichische Schauspiel ein Werk, das an der merkwürdigen Begegnung eines biedersten Edelmanns, an der bühnenprächtigen Gestalt des tragischen Schicksals, das sich in ihm vollzieht, wie an dem ethischen Adel der Idee, von der es getragen ist, nach fast unbeschreiblichen Höhen seit seiner Entstehung nicht eingestiegen hat. Es ist und bleibt dem freudigen Verleser immerdar ein schmerzhaftes Erlebnis, aus seiner noch so hundertfachen Vorlesung nicht aus der Fülle verheißungsvoller Anläge jemals restlos abzuleitendes Geheimnis. Wie denn alle edle Genialität in ihrem Wesentlichen, weil überzeitlichen Unverwund, niemals aus dem Zeitlichen zu verfallen ist.

Von einem unserer modernsten lebenden Dichter kommt der Wunsch, ein unrichtiger Beweis für das Dasein Gottes nach das mystische „Gedächtnis der Weltliteratur in Raum und Zeit, Raum und Einigkeit“. — Eine der goldenen Rappeln dieses mystischen Gedankes ist die „Dreier des Aristoteles“.

★ Kammermusik. Wie, Liebe liest am 24. Januar sein „Lied und 3 w a n z i a d r i g e s D i e n s t j u b i l ä u m“. War noch unter F. Wolf (1810) und längere Jahre Mitglied als Bauer bei den Badreiter Waldbrunn (1810), langjähriger Vorstand des Ordereisenbüchsen und eifriger Förderer der Bildungsvereinigungen in Guntzen der Altersgenossen.

★ Unbekannte Goethe-Anecdote. Der Weimarer Hofrat Wilhelm Reßlein berichtet von Goethes angebliche bühnliche Andote: Am 27. August 1802 der Dichter mit seinem Diener Karl in Karlsruhe. Er läßt sich zwei Gläser Wein kommen und beint zu trinken. Nach einiger Zeit tritt Reßlein ins Zimmer und wird mit den Worten empfangen: „Ihr seid mir ein schöner Freund! Was für einen Tag haben wir heute und welches Datum?“ Reßlein: „Den Hebenandjünglingsfesten August.“ Goethe: „Nein, Sie irren, es ist der achtundzwanzigste und mein Geburtsstag!“ Reßlein entgegnet, daß dies nicht wahr sei und Goethe läßt Karl, den Diener kommen und fragt ihn, welches Datum man denn schreiben sollte. Karl meint: den Hebenandjünglingsfesten. Goethe geht zum Kalender, betrachtet ihn lange und sagt nach langer Zeit: „Ist das nicht der 24. August?“ Reßlein: „Nein, das ist der 27. August.“

Aufhebung von 13 Bezirksamtern.

Die wiederholt angekündigte Aufstellung jener Bezirksamter, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes aufgehoben werden, ist am Montag erschienen. Durch eine Verordnung des Ministers des Innern werden von den bisherigen 53 Bezirksamtern 13 aufgehoben und zwar:

Durlach, Schwellingen, Baden-Baden, Aigern, Ettenheim, Breisach, Bözberg, Eberbach, Eppingen, Triberg, Schönau, St. Blasien und Bonndorf.

Die Gebiete dieser 13 Bezirke sind teilweise geschlossen benachbarten Bezirken angegliedert worden, teilweise wurden die Gemeinden verschiedenen benachbarten Bezirken eingegliedert. Durch diese Anordnung ist eine sehr bedeutende Verringerung in der Verwaltungsorganisation des Landes erfolgt.

In der sehr ausführlichen Begründung dieser Verordnung heißt es u. a.: Bei den Erörterungen, die in Baden seit Jahrzehnten über eine etwa mögliche Vereinfachung der Staatsverwaltung stattgefunden haben, hat jeweils die Frage, ob die Zahl der Bezirksamter verringert werden könne, eine große Rolle gespielt. In den letzten Monaten ist die Regierung erneut an diese Frage herangetreten, und zwar diesmal gedrängt durch die Notwendigkeit, entsprechend den vom Reich getroffenen Bestimmungen auch in Baden einen Abbau des beamteten Personals vorzunehmen. Wer nicht annimmt, die Beamtenzahl sei bisher teilweise mäßig gegangen, muß ohne weiteres einsehen, daß ein Personalabbau nur im Zusammenhang mit weiteren Maßnahmen erträglich und durchführbar ist. Es hieße die Vereinfachung der Staatsverwaltung roh und gedankenlos durchzuführen, wenn man sich mit der Verringerung des beamteten Personals begnügt, dadurch gewisse Einsparungen herbeizuführen, im übrigen aber den Dingen ihren Lauf lassen wollte; die Vereinfachung der Staatsverwaltung muß vielmehr nicht nur durch Personalabbau erreicht werden, sondern dadurch, daß das Verfahren und die Geschäftsbearbeitung möglichst vereinfacht werden und daß Änderungen in der Organisation erfolgen, durch die die Einparung von Dienststellen ermöglicht wird. Der Personalabbau, der an sich die Folge dieser Vereinfachung sein hätte, mußte nur wegen der Dringlichkeit der Finanznot vorantreiben. Es müssen aber nun Schritte nach den genannten Richtungen folgen, um zu einem Dauerzustand gelangen zu können, der gegenüber bisher Ersparnis bedeutet und dennoch den Interessen der Allgemeinheit dient.

Neben der Einwohnerzahl eines Bezirkes und seinem räumlichen Umfang wurde den verschiedensten Interessen der Bevölkerung, ihrer Eigenart sowie ganz besonders den Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnissen eine ausschlaggebende Bedeutung zugewiesen. Besonders große Schwierigkeiten bereitet die Frage, ob Änderungen bei den ländlichen Bezirken eintreten könnten. Wenn überhaupt ein nennenswertes Ergebnis mit der Vereinfachung der Staatsverwaltung durch die Änderung der Bezirksorganisation erzielt werden sollte, konnte auf eine Aufhebung ländlicher Bezirke nicht verzichtet werden, wo dies nach ihrer Einwohnerzahl und ihrer Ausdehnung angemessen und nach den Verkehrsverhältnissen sowie nach der Möglichkeit der Ansiedlung an einen anderen Bezirk erträglich erschien. Mit Rücksicht auf die besondere geographische Lage Badens als Grenzland, die verschiedenen Grenzbezirke, die geringe Verbindungsmöglichkeiten mit den benachbarten badiischen Landesteilen, bleibt bei mehreren Bezirken an sich geringer Einwohnerzahl und nicht sehr großer Ausdehnung ihr Bezirksamt erhalten.

Bereinzelt bestanden auch noch von alters her Bezirkeabgrenzungen, die sich nach der Entfernung zur Amtsstube der bisherigen Bezirke und derjenigen des Nachbarbezirks nicht rechtfertigen ließen. Schließlich zwang die Not der Zeit, über gewisse Bezirke, die da und dort im übrigen bestehen blieben mochten, hinwegzugehen, insbesondere, wenn es sich um Bezirke mit sehr geringer Einwohnerzahl oder mit nur ganz wenigen Gemeinden handelte, so daß der Fortbestand eines besonderen Verwaltungsapparats aus Sparmaßnahmerücksichten nicht wohl vertreten werden kann. In einem Falle, bei der Aufhebung des Bezirksamtes in Baden, zu dem außer der Stadt Baden nur 6 Landgemeinden zählten, wurde den besonderen Interessen, die in Baden zu wahren sind, dadurch Rechnung getragen, daß dort eine Polizeidirektion als Abteilungsamt des Bezirksamtes errichtet wird. Außer den Bezirken Durlach, das mit Karlsruhe, Schwellingen, das mit Mannheim und Baden das mit Rastatt vereinigt wurde, wurden aufgehoben: der Amtsbezirk Aigern zwecks Vereinigung mit Bülh, der Amtsbezirk Ettenheim in zwecks Vereinigung mit Badr, der Amtsbezirk Breisach, der teils mit Emmendingen, teils mit Freiburg vereinigt wird, der Amtsbezirk Bözberg, von dem einige Gemeinden mit Nelsheim der Amt mit dem Amtsbezirk Todenbach, das mit dem Amt zum Jahr 1898 gehörte, zusammengefaßt werden; der Amtsbezirk Eberbach, der geteilt wird zwischen Mosbach und Heidesberg, der

Amtsbezirk Eppingen, der in der Hauptkategorie Sinsheim angegliedert wird, während einige Gemeinden zu Bruchsal und zu Bretten kommen, der Amtsbezirk Triberg, von dem die Bregtalgemeinden, zugleich mit den Bregtalgemeinden des Amtsbezirks Willingen an den Amtsbezirk Donaueschingen ihren Anschluß finden, während der Hauptteil des Amtsbezirks dem Bezirk Willingen und der kleinere Teil mit Hornberg und 2 benachbarten Gemeinden dem Amtsbezirk Wolfach zugeteilt wird. Der Amtsbezirk Schönau wird mit dem Nachbarbezirk Schopfheim vereinigt; die Bezirke St. Blasien und Bonndorf werden im wesentlichen zwischen Neustadt und Waldshut aufgeteilt.

Der Neueinteilung der Bezirke, durch die eine beträchtliche Einsparung von Beamten und eine erhebliche Verringerung des Sachaufwandes zu erwarten sein wird, werden mancherlei Maßnahmen folgen müssen, die den Geschäftsgang vereinfachen, um der Bevölkerung öftere Gänge zum Bezirksamt zu ersparen. Dies wird durch unmittelbare Schriftverkehr ohne die Vermittlung des Bürgermeisters geschehen können. Amtstage insbesondere an den bisherigen Amtstagen der aufgehobenen Bezirke werden im weitesten Umfang die Möglichkeit zu unmittelbarem Verkehr mit den Bezirksbeamten bieten, ohne die neue Amtsstube aufsuchen zu müssen. Die Begründung gibt der Ermärtung Ausdruck, daß die gesamte Beamtenschaft der neuen Verwaltung alles einsetzt, um den Zusammenstoß der neu gebildeten Bezirke möglichst zu beschleunigen und durch ihre Anpassung an die Zeitlage und die veränderte Organisation alle Härten, die für die Bevölkerung entstehen könnten, tunlichst zu vermeiden.

Auf diesem Wege kam man dazu, keineswegs nur der Aufhebung kleiner ländlicher Bezirke näherzutreten, sondern zu erkennen, daß auch Amtsbezirke mit einer beträchtlichen Einwohnerzahl in unmittelbarer Nachbarschaft eines Amtsbezirks mit noch größerer Einwohnerzahl und besonderer wirtschaftlicher Bedeutung aufgehoben und diesem Nachbarbezirk angegliedert werden müssen, wenn gute Verkehrsverhältnisse und ähnliche wirtschaftliche Zustände bestehen. Unter diesen Voraussetzungen wird man annehmen dürfen, daß die Bildung solcher neuer großer Bezirke den Interessen der Bevölkerung überwiegenen Vorteil bringt. Bei der Vielfältigkeit des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens kann von Verwaltungsapparate eines großen Bezirkes das einzelne Fragegebiet nachdrücklicher und sachkundiger bearbeitet werden, als dies beim kleinen Amtsbezirk von der entsprechend kleinen Behörde zu erwarten ist. Diese nur beim großen Amt mögliche Bearbeitung ihrer Angelegenheiten mit leichten Endes der Bevölkerung des Bezirkes in allen ihren Teilen in hohem Maße zugute kommen. Ein Zusammenstoß solcher an sich großer Bezirke mit einem Bezirk von noch größerer Bedeutung ist die Vereinigung des Amtsbezirks Durlach mit dem Amtsbezirk Karlsruhe und die des Amtsbezirks Schwellingen mit dem Amtsbezirk Mannheim.

* Entwässerung von Sumpfland. Dem der Vollendung entgegengehenden Projekt der Moorentwässerung am südlichen Rastatter bei Wiesenweiser-Bühnen ist, wie uns unser Mitarbeiter berichtet, ein zweites an der Westseite des Rastatter Sees erfolgt. Es ist zwischen den Dörfern Bischoffingen und Lehtingen gelegen. Der Flächeninhalt ist zwar nicht so groß wie der des obgenannten, immerhin wird auch hier ein ansehnliches Stück Sumpfland und Sumpfland in anbaufähigen Boden umgewandelt. Mit der Entwässerung wurde vor fünf Jahren begonnen, jetzt sind die Arbeiten zu Ende geführt. Begonnen und vollendet sind die von der Rastatter Sumpfbau-Gesellschaft Bischoffingen-Lehtingen geworden. Drainröhren aus Ton von insgesamt 12 000 Meter Länge führen einem zwei Meter tief ausgehobenen, zwei Kilometer langen Abzugskanal die Abwässerung. Das entwässerte, bisher fast unfruchtbare Gelände bedeutet einen wichtigen Fortschritt in der Kultivierung von Moorland.

* Besserung der Arbeitsmarktlage. Das Gesamtbild des Arbeitsmarktes in Baden zeigt gegenüber der Vorwoche Besserungsercheinungen. Zum erstenmal seit langer Zeit ist eine Besserung der Vermittlungstätigkeit zu beobachten. In ländlichen Gegenden ergab sich durch die auf die günstige Witterung zurückzuführende Wiederaufnahme eine geringe Besserung. Im Spinnstoffgewerbe, in der Zellstoff- und Papierindustrie und in der Tabakindustrie (Wieslocher Bezirk) gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften. Bei Kaufleuten, Büroangestellten und Technikern waren die Zugänge allenthalben noch verhältnismäßig stark. Nur vereinzelt waren offene Stellen vorhanden, die dann nur mit allerbesten Kräften besetzt werden konnten.

— Eutingen, 21. Jan. Bürgermeistereiwahl. Beim zweiten Wahlgang für Bürgermeistereiwahl ist der Kandidat Rechnungs-Inspizor Wilhelm Schenk gewählt worden.

— Mannheim, 21. Jan. In sehr übler Weise führte sich in der Nacht zum Sonntag ein 43jähriger, verheirateter Wirt auf. Als er zur Polizeiwache gebracht werden sollte, leistete er mit seinem 20jährigen Sohn heftigen Widerstand. Nachdem die Polizeibeamten den Wirt festgenommen hatten, drang ein 35jähriger Bahnarbeiter in die Polizeiwache ein und gab drei scharfe Revolverkugeln auf die Beamten ab, ohne aber jemanden zu treffen. Auch auf einer anderen Wache bedrohte der Täter die Beamten und ergriff dann die Flucht. — Auf dem Bahngleis der Riedbahn hat sich ein noch unbekannter Mann vom Zuge überfahren lassen.

— Weinheim, 21. Jan. Unter dem Verdacht des Mordes ist der 24 Jahre alte Landwirt Georg Red verhaftet und nach Mannheim in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Seine Verhaftung steht in engem Zusammenhang mit dem 12. November vorigen Jahres verstorbenen Dienstmädchen Elisabeth Adel. Das Mädchen hatte am Tag seines Verschwindens abends gegen 8 Uhr bei dem Landwirt Red Milch geholt und war dann um 10 Uhr nachts nochmals von ihrer Dienststelle weggegangen und zwar wahrscheinlich auf Veranlassung Reds. Seit jenem nächtlichen Ausgange ist das Mädchen vermisst. Red hatte mit dem Mädchen ein Verhältnis. Er stellt jede Schuld an dem Verschwinden des Mädchens in Abrede.

— Badisch-Ahefelden, 21. Jan. Verdrüht. In Schweizer-Ahefelden riß das Knäblein der Familie Schneider ein Bürger eine Kanne mit kochendem Wasser vom Tisch und verbrühte sich so schwer, daß er kurz darauf verstarb.

Gerichtszeitung.

— Freiburg, 22. Jan. Die Schwereigkeiten der deutschen Justiz im besetzten Gebiet. Mit welchen Elementen die deutsche Rechtspflege in dem besetzten badiischen Gebiet zu kämpfen hatte, dafür liefert das Verhalten des Schuhmachers Karl Walter aus Ludwigsfelden ein typisches Beispiel. Die Stadt Offenburg war zur Zeit des Einmarsches der Franzosen der Wohnort des verheirateten Walter. Bald nach der Besetzung verlegte er sich auf Diebstehergeschäfte, nebenher bot er den Franzosen seine Dienste an. Nach was er damals möglich, ihn zur Beurteilung der Diebstähle nach Gengenbach zu bringen, wo er sieben Monate Gefängnis erhielt. Der Siderheit wegen wurde er in das Amtsgefängnis nach Straßburg übergeführt. Am 8. Juni gelang es ihm, aus dem badien Gefängnis zu entfliehen, auf Schleichwegen schlängelte er sich in den Straßburger Gefängnis nach Offenburg und verlangte von seiner Frau, die inzwischen die Scheidung eingeleitet hatte, Zutritt in die Wohnung. Die Frau verweigerte ihm den Einlass. Er aber wußte sich zu helfen. Er ging zur französischen Kommandantur, zeigte dort die Scheidungsurkunde vor, in der darauf verwiesen wurde, daß Walter sich nicht scheide, den Franzosen Spion- und Spitzdienstan zu leisten. Walter hatte sich in seiner Annahme nicht getäuscht. Ein französischer Genarm bespionete ihn und erzielte den Frau die Weisung, den Mann in die Wohnung einzulassen. Sämtliche deutschen Polizeibeamten waren damals aus Offenburg vertrieben; Walter glaubte deswegen, nicht beschränkt zu sein, wieder ergriffen zu werden. Seine wahre Gesinnung trat nun klar zu Tage, er brüstete sich in den Wirtschaften damit ihn könnte nichts geschehen, er helfe zu den Franzosen und die würden ihn schon zu schätzen wissen. Er stolzierte zu früh. Sein Verhalten blieb nicht ungeahnt. Das Schicksal erreichte ihn. Eines nachts erschienen drei handfeste Zivilisten in seiner Wohnung, seßelten und entleerten den ahnungslos im Bett Liegenden, gegen ihm die notwendigsten Kleider über und Irden ihn auf einen Wagen, der die Fahrt nach Gengenbach antrat, unbehellig von den Franzosen, die froh waren, ihren Schlingel loszuwerden. Das mit französischer Hilfe erzwungene Eindringen in die Wohnung der Frau hatte gegen Walter ein neues gerichtliches Verfahren zur Folge. Es erfüllte den Tatbestand der Nötigung (Paragraf 240 des Strafgesetzbuches) und trug ihm 6 Monate Gefängnis ein. Walter, der offenbar wieder Sehnsucht nach Offenburg empfindet, sucht das Urteil auf dem Wege der Berufung an, über welche die Freiburger Strafkammer zu entscheiden hatte. Der Appell blieb erfolglos. Das Obergericht billigte im Hinblick auf die von Walter bekundete gemeine Gesinnung die Strafe der ersten Instanz.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das teure Wachsen zu verlässigen und darüber hinaus die Lebensdauer der Holzarten Bäume zu verlängern, ist heute mehr denn je das Bestreben aller Hausfrauen. Jedes wird in weitestgehendem Maße erreicht bei Verwendung des organischen Bäume-Einweicheitmittels „BURNUS“. Näheres enthält der unterer deutliche Ausweise beiliegende Broschüre, den wir unseren Hausfrauen zur besonderen Beachtung empfehlen. A 1761

Lord Morley's Erinnerungen an den Kriegsausbruch.

Der verstorbene Lord Morley, der große Schriftsteller und Staatsmann, gehörte bekanntlich zu den englischen Kabinettsmitgliedern, die vor dem Ausbruch des Krieges 1914 von ihren Posten zurücktraten, weil sie die Kriegspolitik der Regierung nicht mitmachen wollten. Ueber seine Beweggründe zu dieser Tat hat Morley ein ausführliches „Memorandum“ aufgesetzt, aus dem jetzt in einem Aufsatz der Quarterly Review von Prof. J. H. Morgan wichtige Einzelheiten mitgeteilt werden. Morgan, der Morley nachstand, suchte ihn kurz vor seinem Tode dazu zu überreden, diese Aufzeichnungen, im Interesse der geschichtlichen Wahrheit, zu veröffentlichen. Aber der Lord erwiderte: „Nein! Die Wahrheit kann niemals bekannt werden. Die Legende wird sie stets überschatten. Ich habe viele Bücher gelesen, die sich mit Ereignissen beschäftigen, an denen ich beteiligt war, und alle stellen den Sachverhalt falsch dar. „Geschichte“ führt immer irrt. Viel mehr hängt von der Unterredung einer halben Stunde ab und wird in ihr entkleidet, als jemals in Briefen und Depeschen in Erscheinung tritt.“ Morgan teilt nun einiges aus Morley's Aufzeichnungen über die Kabinettskrisen von 1914 mit. „Am 2. August, einem Sonntag“, heißt es da, „nahmen wir zusammen den Lunch: Lord George, Simon und ich. Simon sagt zu mir vorher, als wir die Treppe hinauf gingen: „Ich denke, ich habe Lord George lowert; er ist mit uns.“ Am nächsten Tage — eine halbe Stunde, bevor das Kabinet zusammentrat — sagte ich zu Lord George: „Ich gehe.“ Er erwiderte: „Aber bleiben Sie sich nicht.“ Eine halbe Stunde später sagte er mir: „Ich bleibe. Es ist wegen Belgiens.“ Simon trat wie ich zurück, und die Tränen strömten ihm über das Gesicht, als er sich von Aquith verabschiedete. Aber denselben Abend kam Burns zu mir und sagte: „Simon bleibt doch, er hat seinen Rücktritt zurückgezogen.“ Morley am Tage nach der Kriegserklärung machte: „Von Aquith sage er: „Merken Sie sich meine Worte, er ist nicht der Pilot, der in diesem Sturm das Staatsschiff lenken kann“ — eine bemerkenswerte Voraussetzungen, denn Aquith stand damals auf der Höhe seines Ruhms und ich — mir niemals in seiner Stellung fester. Von Lord George sagte Morley: „Dieser Krieg beendet das Weltrennen zwischen ihm und Winston, sein Herz ist nicht bei dem Geschäft — er ist ein Mann

des Friedens. Aber Winston, der wird sich einen großen Sieg in der Nordsee holen.“ Als Morgan bei einem Gespräch mit Morley im Februar 1918 bemerkte, Deutschland hätte doch wohl früher oder später einen Krieg begonnen, sagte der Lord: „Sie meinen, es war „unvermeidlich“. Das ist von jedem Krieg seit Hannibal gesagt worden. Ich sagte damals zu Aquith: „Wir spielen nur Rußlands Spiel. Warum haben sie ebenwohl im Norden wie im Süden mobilisiert?“

In Berlin kommt man nicht mehr.

Gegenüber vielfach im Inlande und Auslande verbreiteten Berichten über Lüge und Schlemmerei in den Berliner Lokalen ist es, wie der amtliche Preussische Pressedienst schreibt, von Wichtigkeit festzustellen, daß in den letzten Monaten der Aufwind in den Gaststätten in einem derartigen Maße zurückgegangen ist, daß dies von Schlemmerei nicht die Rede sein kann. Am besten wird dies illustriert durch die zur Zeit bestehende riesenhafte Arbeitslosigkeit im Gastwirts-gewerbe. In der Zeit vom 1. April 1922 bis zum 1. April 1923 waren in Berlin durchschnittlich 25 bis 28 000 Arbeitnehmer im Gastwirts-gewerbe beschäftigt, die heute auf etwa 13 000 zusammengeschmolzen sind. Auch der Konsum in den Gaststätten ist überaus stark zurückgegangen. Die Brauerien sehen zur Zeit noch nicht die Hälfte der Biermengen aus wie im November vorigen Jahres und der Weinumsatz ist nach in weit stärkerem Maße zurückgegangen. Von diesem Rückgang sind alle Zweige des Gastwirts-gewerbes betroffen. Nambaste Hotels mühen geschloffen werden, große Bierrestaurants sind wegen schlechten Geschäftsganges eingegangen. Die vor etwa 1 bis 2 Jahren vermehrten Lokale in den gehen jetzt zum großen Teil wieder ein oder, stellen sich in Restaurants oder Cafés um. Dabei kann bemerkt werden, daß das Abwandern der Gäste in Cafés, in denen man nichts zu essen und nur Getränke von geringem Geldwert zu sich zu nehmen pflegt, was ebenfalls eine Folgeerscheinung der allgemeinen Armut ist. Kurz, der Niedergang des Gastwirts-gewerbes spiegelt die allgemeine Verarmung wider, in der sich der weitaus größte Teil des deutschen Volkes befindet.

Als ausgesprochene Luxuslokale kommen in Berlin auch: den großen internationalen Hotels nur ganz wenige in Frage. Auch in diesen Lokalen herrscht gerade in der letzten Zeit gähnende Leere. Nur an ankordentlichen Tagen findet sich eine größere Anzahl von Gästen an ankordentlichen Tagen gilt allgemein auch die Sittenlosigkeit, in der viele zu größeren, ihre sonstigen Lebensgewohn-

heiten übersteigenden Ausgaben neigen. Aber auch der starke Lokalbesuch in der Silvesternacht war nur ein Aufschub, denn an den Sonntagen hinterher ist es in den Gasthäusern um so stiller gewesen. Von einer nennenswerten Schlemmerei größter Umfanges und einem beträchtlichen Aufwand in den Lokalen kann nach alledem keine Rede sein.

Soweit sich in den vergangenen Monaten doch hier und dort erfreuliche Ausschreitungen gezeigt haben, ist die Polizei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dagegen vorgegangen. So sind in der Zeit vom 1. August bis zum 7. Dezember 1923 357 Schantwirtschafter der Polizeistundenüberziehung überführt worden. Bei 22 ist die Schließung, bei 181 die Verabreichung der Polizeistunde und bei 184 die polizeiliche Verwarnung erfolgt. In der gleichen Zeit sind in 57 Privatwohnungen Nachbetriebe festgestellt worden, wobei 42 Wohnungen beschlagnahmt und 11 Wohnungsinhaber verurteilt worden sind, 33 Veranstanter solcher Nachbetriebe wurden dem Richter vorgeführt.

Generell kann gesagt werden, daß im Gegensatz zu der allgemeinen Not und Verarmung sich nur ein ganz kleiner Kreis von Personen findet, die auch heute noch ein luxuriösen Leben führen können und die von dieser Möglichkeit auch einen höchst anstößigen Gebrauch machen. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um die „neuen Reichen“, die ihr Geld schnell und verhältnismäßig mühelos errungen haben. Sie haben kein Verständnis für ethische Verpflichtungen, die ihnen ihr Besitz und die Not des Volkes auferlegen, keinen Sinn für geistige Bedürfnisse, sondern finden ihre Zerstreuung nur in sinnlichen Genüssen und Ausschweifungen. Bei der überaus geringen Zahl der Luxusgaststätten, die dieser Kreis mit Vorliebe aufsucht, treten sie natürlich desto härter in die Erscheinung und erwidern so ein durcheinander liegendes Bild von der Lebensführung der übergroßen Masse der Bevölkerung der Arbeitsstadt Berlin.

Die Villa d'Este ein ethnographisches Museum.

Wie aus Rom gemeldet wird, soll in der bekannten Villa d'Este in Tivoli ein ethnographisches Museum errichtet werden. Die Villa, die von Kardinal Hippolyte d'Este erbaut wurde und vor dem Krieges bekanntlich habsburgischer Besitz war, ist jetzt Eigentum des italienischen Staates. Die schönen Gebäude, die im Laufe der Zeit viel gelitten haben, werden in ihrer alten Pracht wieder hergestellt werden. Auch die Gärten sollen neu angelegt werden.

WELTBEKANNTE
BATSCHARI
QUALITÄTSMARKEN

Fiat
White Star
Eden

Wertpapierbörsen.

Schwächer.

Frankfurter Börse vom 22. Januar.

Frankfurt, 22. Jan. (Drahtmeldung unserer Frankfurter Handelsvertretung.) Die Börse...

Die Werte des Montanmarktes gaben zum Teil in geringem Umfang nach...

Schwächere Haltung hatten auch Elektroaktien aufzuweisen...

Der Freiburger Markt wies ruhiges Geschäft auf...

Der Berliner Markt wies ruhiges Geschäft auf...

Die heutige Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Im Verlag der 'Badischen Presse' Soeben erschienen! Führer durch die Badische Ausstellung für Winterport und Wandern...

freundlichere Stimmung erkennen ließ, und die Nachfrage nach Montanaktien...

Die Börse zeigte bei ziemlich lebhaftem Geschäft leicht befestigte Haltung...

Die heutige Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Preis für den Berliner Schindelmehl: vollstehige, ausgemahlene Schindelmehl...

Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Ämtliche Bekanntmachung. Maul- und Klauenseuche betr.

Milchabgabe. Neben den bisherigen ständigen Milchverfassungen...

Stammholz-Berkeigerung. Die Gemeinde Müllersweiler...

Reklame-Neuheiten. Effizientester Eisenveranker in Stahl...

Eisenerzeugnisse. Schmelzanlagen, Schweißerzeugnisse...

Welche. Bedeutende, funktionierende Familie...

Wagner. Einem armen, blinden Rentner...

Charakter-Beurteilung! Institut für Phrenologie und Graphologie.

Drucksachen. aller Art, ein- u. mehrfarbig.

Moderne Villa. zu kaufen gesucht. Nur ausführl. Angebote mit Preisang.

Lagerplatz. (möglichst einseitig) mit Bahnanschluss...

Plakate. Sonderverkauf während der weißen Woche.

Dressier. für Dobermann gef. Angebot unter Nr. 41052...

Kaufgetuche. Bäckerei und Konditorei zu kaufen od. zu pachten...

Bäckerei. sofort zu kaufen gesucht. Angebot unter Nr. 41722...

Eisenfässer. verkauft u. unversinkt zu kaufen gesucht...

Baukäse. jeder Art. 41607. K. Schub...

Wagendeckel. Eine wasserdicke Wagendeckel...

Schreiblich Schreibmaschine. S. - Fahrrad neu od. geb. zu kaufen...

Piano. zu kaufen gesucht. Angebot mit Preisang. u. Nr. 41057...

Perser od. Smyrna. Teppiche, Brücken von jungem Ehepaar zu kaufen od. zu pachten...

